

Datenschutzerklärung Moodle

Stand Mai 2022

Datenschutzerklärung für die

Lehr-/Lernplattform „Zukunftszentrum KI NRW Moodle“ der FernUniversität in Hagen

(Stand Mai 2022)

I. Name und Anschrift des Verantwortlichen

Die Verantwortliche im Sinne der EU-Datenschutz-Grundverordnung und der jeweils einschlägigen nationalen Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen („Stelle, die über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung personenbezogener Daten entscheidet“) ist die

FernUniversität in Hagen Universitätsstraße 47
58097 Hagen
Körperschaft des Öffentlichen Rechts vertreten durch
die Rektorin Prof. Dr. Ada Pellert Tel.: 02331 987 - 2400

E-Mail: rektorin@fernuni-hagen.de

II. Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten

Erreichbarkeit des behördlich bestellten Datenschutzbeauftragten: Postanschrift:

Datenschutzbeauftragter der FernUniversität in Hagen 58084 Hagen

Hausanschrift:

Universitätsstraße 47
58097 Hagen
Tel.: 02331 987 - 2511

E-Mail: Datenschutzbeauftragter@FernUni-Hagen.de

III. Allgemeines zur Datenverarbeitung

Datenverarbeitungsvorgänge umfassen das Erheben, Erfassen, Organisieren, Ordnen, Speichern, Anpassen, Verändern, Auslesen, Abfragen, Übermitteln und Löschen von personenbezogenen oder personenbeziehbaren Daten.

Personenbezogene oder personenbeziehbare Daten (nachfolgend kurz: personenbezogene Daten) sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen und Ausdruck ihrer Identität sind.

Die FernUniversität in Hagen als Körperschaft des Öffentlichen Rechts verarbeitet personenbezogene Daten *auf Grundlage der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)* sowie der einschlägigen nationalen Datenschutzgesetze und -bestimmungen der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Nordrhein-Westfalen, die ergänzend oder nachrangig zu den Vorschriften der Europäischen Union Anwendung finden. Dies ist nach seinem Inkrafttreten insbesondere das Datenschutzgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen in seiner an die DSGVO angepassten Fassung.

Der Zweck, Umfang und die Dauer unserer Datenverarbeitungsvorgänge richtet sich in den meisten Fällen nach dem gesetzlichen Auftrag der Hochschule gemäß § 3 Hochschulgesetz NRW und der damit in Verbindung stehenden Rechtsnormen.

Dieser Auftrag umfasst insbesondere die Pflege und Entwicklung der Wissenschaften durch Forschung, Lehre, Studium, wissenschaftlicher Nachwuchsförderung und Wissenstransfer unter Berücksichtigung der sozialen und demokratischen Verantwortung. Besonderes Einsatzgebiet der FernUniversität in Hagen ist die Förderung und Entwicklung des Fernstudiums.

Die Daten können, basierend auf Art. 6, Abs. 1, lit. e DSGVO, sowie Art. 89 DSGVO in Verbindung mit § 17 DSG NRW auch für wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke und zu statistischen Zwecken ohne Einwilligung verarbeitet werden, wenn die Verarbeitung zu diesen Zwecken erforderlich ist und schutzwürdige Belange der betroffenen Person nicht überwiegen. Die FernUniversität in

Hagen sieht angemessene und spezifische Maßnahmen zur Wahrung der Interessen der betroffenen Person gemäß §17 Abs. 2 DSG NRW

vor. Die Daten werden gemäß §17, Abs. 3 DSG NRW anonymisiert, sobald dies nach dem Forschungs- oder Statistikzweck möglich ist. Die Daten werden gelöscht, sobald der Forschungs- oder Statistikzweck dies erlaubt. Eine Nutzung sowie die Kenntnisnahme der in der Lehr-/Lernumgebung enthaltenen Daten durch Dritte ist nur in pseudonymisierter Form im Rahmen von Kooperationsprojekten mit der FernUni möglich. Im Übrigen gelten die Voraussetzungen des § 17 DSG NRW.

Des Weiteren unterliegt die Hochschule bei der Erfüllung ihres Auftrags diversen gesetzlichen Verpflichtungen (z.B. des Finanzrechts), die eine Verarbeitung von personenbezogenen Daten erforderlich machen.

In Erfüllung ihrer Aufgaben ist die FernUniversität außerdem verpflichtet, alle erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen zu treffen, um die Sicherheit Ihrer personenbezogenen Daten zu gewährleisten. Auch diese Maßnahmen können die Verarbeitung von personenbezogenen Daten bedingen.

(Rechtmäßigkeitsgrundlage in der DSGVO: Art. 6 Abs. 1 lit. e)

Weitere Informationen zu den Datenverarbeitungsvorgängen finden Sie in den zentralen Ordnungen und Regularien der Hochschule (z.B. der Zulassungs- und Einschreibungsordnung) sowie in den Nutzungshinweisen zu den einzelnen Anwendungen.

Darüber hinaus kann eine Datenverarbeitung erfolgen, sofern Sie hierzu Ihre explizite, jederzeit widerrufbare Einwilligung gegeben haben.

(Rechtmäßigkeitsgrundlage in der DSGVO: Art. 6 Abs. 1 lit. a)

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, sind Sie Betroffene*r i.S.d. DSGVO. *Rechte, die Ihnen als Betroffene*r gegenüber der FernUniversität zustehen*, finden Sie im letzten Abschnitt dieser Erklärung.

IV. Datenverarbeitungsvorgänge in Moodle

Moodle (Modular Object-Oriented Dynamic Learning Environment) ist ein Open Source Softwarepaket zur Unterstützung der Lehre. Damit ist ein webbasierter Zugriff auf modul- oder kursbezogene Lernumgebungen möglich.

Die Systemumgebung beinhaltet jeweils eigens für die Moodle-Instanzen eingerichtete Datenbanken mit den Kurs- und Nutzerdaten und ebenfalls eigens eingerichteten Web-Servern, auf denen neben dem Programmcode von Moodle auch die von Nutzer/innen hochgeladenen Dateien abgelegt werden. Zugriff auf diese IT-Basis haben ausschließlich die Systemadministrator*innen im ZDI. Für die Nutzer*innen der Moodle-Instanzen ohne Admin-Rechte sind die Daten nur webbasiert über die Funktionen in Moodle zugänglich.

1. Nutzendenprofile in Moodle

Für den allgemeinen Zugang zur Lehr-/Lernumgebung Moodle ist ein Account in der Moodleinstanz notwendig.

Die Erfassung dieser Daten bei Anmeldung ist für den Betrieb von Moodle zwingend erforderlich. Es besteht folglich seitens der Nutzer*innen keine Widerspruchsmöglichkeit.

Personenbezogene Daten im Moodle-Nutzendenprofil

In Moodle ist eine Änderung der Daten für Teilnehmer möglich. Weiteren Angaben, die im Profil gemacht werden, wie etwa Kontaktinformationen, sind freiwilliger Natur und werden bei Angabe ebenfalls gespeichert. In der Moodle-Datenbank werden Accountasswörter gespeichert, da so die Authentisierung erfolgt.

2. Lehr-/Lernbetrieb in Moodle

Die Durchführung eines Moodle-Kurses ist mit einer Vielzahl von Aktionen und Aktivitäten seitens der zugriffsberechtigten Personen verbunden. Dabei werden die nachfolgend beschriebenen Informationen in der Datenbank aufgezeichnet.

Die Erfassung dieser Daten ist für den Betrieb von Moodle zwingend erforderlich. Es besteht folglich seitens der Nutzer*innen keine Widerspruchsmöglichkeit.

Personenbezogene Daten im Lehr-/Lernbetrieb mit Moodle

Alle Beiträge, Aufgabenlösungen oder Aktionen, die im Verlauf der Plattformnutzung in Foren oder anderen Aktivitäten eingestellt oder ausgeführt werden, werden in der Moodle-Datenbank in der Form gespeichert, dass nachvollziehbar ist, wer diese Beiträge, Aufgabenlösungen oder Aktionen verfasst bzw. ausgeführt hat. Unter Aktionen sind alle Aktivitäten zu verstehen, die zu einem Ergebnis führen, wie zum Beispiel das Schreiben eines Forenbeitrags, die Stimmabgabe im Rahmen einer Abstimmung oder das Beantworten von Fragen im Rahmen eines Online-Tests. Zusätzlich werden in der Datenbank die Logdaten der letzten 180 Tage festgehalten. Dies sind die IP- Nummer des Rechners, von dem aus die Beiträge, Aufgabenlösungen oder andere Aktionen eingereicht bzw. ausgeführt wurden, der Name des Nutzers bzw. der Nutzerin, sowie der Zeitpunkt, an dem die Aktion ausgeführt wurde.

Zweck der Datenaufzeichnung:

- Unterstützung von Kommunikation und Kooperation der Moodle-Nutzer*innen
- Überprüfung des Lernfortschritts
- Rückmeldungen

3. Bereitstellung der Anwendung und Erstellung von Logfiles

Moodle führt serverseitig ein Logfile, in dem insbesondere jeder HTTP-Zugriff (insb. jede Verbindung Ihres Webbrowsers zu Moodle) vermerkt wird. Das Log erfasst zu jedem Zugriff insb. den Zeitpunkt, IP-Adresse, URL-Pfad, und bei authentifizierungspflichtigen Funktionalitäten auch eine pseudonymisierte Kennung zu den Anwender*innen. Hinzu kommen weitere technische Informationen wie z.B., ob der Zugriff TLS-geschützt war (https://) und wie der HTTP-Response-Code lautet. Auch interne Vermerke zur Service-Abarbeitung (insb. zu bei der Abarbeitung aufgetretenen Fehlern) können gespeichert werden.

Diese Informationen dienen insbesondere zu folgenden Zwecken:

- Fehleranalyse und Problembehebung,
- Sicherstellung der Sicherheit unserer informationstechnischen Systeme,
- Benutzersupport (Second-Level-Support durch Moodle-Administration),
- Klärung verschiedener Sachverhalte (z.B. Bestätigung eines unverschuldeten Fristversäumnisses aufgrund technischer Probleme auf Systemseite),
- Quelle für Statistiken.

Das Logfile wird jeweils über ein Semester aufgezeichnet und im Laufe des nachfolgenden Semesters wieder gelöscht. Lediglich die Systemadministratoren haben Zugriff darauf.

Rechtsgrundlage für die vorübergehende Speicherung der Daten und der Logfiles ist Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO.

Die Erfassung der Daten zur Bereitstellung der Anwendung und die Speicherung der Daten in Logfiles ist für den Betrieb von Moodle zwingend erforderlich. Es besteht folglich seitens der Nutzer*innen keine Widerspruchsmöglichkeit.

4. Verwendung von Cookies

Bei Cookies handelt es sich um Textdateien, die beim Aufruf einer Website im Internetbrowser bzw. vom Internetbrowser auf dem Computersystem der Nutzer*innen gespeichert werden. Mit Hilfe von Cookies kann sich der Browser vorübergehend „Daten merken“, während die Nutzer*innen zwischen einzelnen Seiten der Lehr-/Lernumgebung Moodle wechseln (z.B. einem Link folgen). Diese Daten stehen sowohl JavaScripten im Browser als auch dem serverseitigen System (Lehr-/Lernumgebung Moodle) zur Verfügung.

Moodle verwendet ein Cookie mit der Bezeichnung „MoodleSession“. Dieses Cookie bewirkt, dass Nutzer*innen beim Zugriff auf weitere Moodle-Seiten eingeloggt bleiben. Es enthält lediglich eine verschlüsselte Session-ID, die auf eine serverseitig temporär gespeicherte Session verweist. Eine so genannte Session ist ein auf dem Server vorübergehend gespeicherter Zustand einer konkreten Browsersitzung eines Endnutzers, kann also die Information enthalten, ob und unter welchem Benutzernamen sich der Browsernutzer beim System eingeloggt hat. (Eine Session endet automatisch nach einer gewissen Zeit der Inaktivität, derzeit nach 120 Minuten.) Die Session-ID wird dann browserseitig im bereits angesprochenen Cookie „MoodleSession“ gespeichert. Dabei handelt es sich um ein Sitzungs-Cookie, das die Browsersitzung nicht überlebt, also spätestens beim Beenden des Webbrowsers wieder gelöscht wird. Beim Beenden des Webbrowsers werden sowohl das Cookie als auch die Session automatisch gelöscht.

Nutzer*innen haben die volle Kontrolle über die Verwendung von Cookies. Durch eine Änderung der Browsereinstellungen kann die Übertragung von Cookies eingeschränkt oder deaktiviert werden.

Bereits gespeicherte Cookies können jederzeit gelöscht werden. Dies kann auch automatisiert erfolgen. Werden Cookies für Moodle deaktiviert, können möglicherweise nicht mehr alle Funktionen der Website vollumfänglich genutzt werden.

5. Webanalyse und Social Media

Moodle greift nicht auf Analysedienste zur Verfolgung Ihres Surfverhaltens zurück und bindet auch keine externe Werbung ein. Social-Media-Plugins sind nicht zentral für alle Moodle-Nutzer*innen eingebunden.

6. Verantwortungsbereiche der Inhalteanbieter

Moodle ist eine Publikationsplattform für Kursinhalte, die von den zuständigen Inhaltsanbietern oder beauftragten Arbeitsbereichen vorbereitet und angeboten werden. Die Gestaltung der Kursinhalte ist sehr frei und kann unter anderem auch Inhalte enthalten, die über den hier beschriebenen Datenschutzrahmen der Lehr-/Lernumgebung Moodle hinausgehen. In den Lehr-/Lernumgebungen können Inhalte enthalten sein, die auf dem Browser der Nutzer*innen oder als eigenständige Programme auf den Rechnern der Nutzer*innen installiert oder ausgeführt werden können. Die Anbieter*innen der Inhalte sind in diesem Fall für den Datenschutz verantwortlich.

V. Rechte der betroffenen Person

1. Auskunftrecht – Art 15 DSGVO

Nutzer*innen können von der FernUniversität eine Bestätigung darüber verlangen, ob personenbezogene Daten, die sie betreffen, verarbeitet werden.

Liegt eine solche Verarbeitung vor, kann über folgende Informationen Auskunft verlangt werden:

- (1) die Zwecke, zu denen die personenbezogenen Daten verarbeitet werden;
- (2) die Kategorien von personenbezogenen Daten, welche verarbeitet werden;
- (3) die Empfänger*in bzw. die Kategorien von Empfänger*innen, gegenüber denen die betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden oder noch offengelegt werden;
- (4) die geplante Dauer der Speicherung der sie betreffenden personenbezogenen Daten oder, falls konkrete Angaben hierzu nicht möglich sind, Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer;
- (5) das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der sie betreffenden personenbezogenen Daten, eines Rechts auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung;
- (6) das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde;
- (7) alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden;
- (8) das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO und – zumindest in diesen Fällen – aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person.

Nutzer*innen steht das Recht zu, Auskunft darüber zu verlangen, ob die sie betreffenden personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt werden. In diesem Zusammenhang können Sie verlangen, über die geeigneten Garantien gem. Art. 46 DSGVO im Zusammenhang mit der Übermittlung unterrichtet zu werden.

2. Recht auf Berichtigung – Art 16 DSGVO

Nutzer*innen haben ein Recht auf Berichtigung und/oder Vervollständigung gegenüber der FernUniversität, sofern die verarbeiteten personenbezogenen Daten, die sie betreffen, unrichtig oder unvollständig sind. Die FernUniversität hat die Berichtigung unverzüglich vorzunehmen.

3. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung– Art 18 DSGVO

Unter den folgenden Voraussetzungen können Nutzer*innen die Einschränkung der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen:

- (1) wenn die Richtigkeit der sie betreffenden personenbezogenen für eine Dauer bestreiten, die
- (2) es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen;
- (3) die Verarbeitung unrechtmäßig ist und sie die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangen;
- (4) der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, oder
- (5) wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt haben und noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber Ihren Gründen überwiegen.

Wurde die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten eingeschränkt, dürfen diese Daten – von ihrer Speicherung

abgesehen – nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

Wurde die Einschränkung der Verarbeitung nach den o.g. Voraussetzungen eingeschränkt, werden sie von dem Verantwortlichen unterrichtet, bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

Beschränkung des Rechts bei Datenverarbeitung zu wissenschaftlichen, historischen oder statistischen Forschungszwecken:

Das o.g. Recht kann insoweit beschränkt werden, als es voraussichtlich die Verwirklichung der Forschungs- oder Statistikzwecke unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt und die Beschränkung für die Erfüllung der Forschungs- oder Statistikzwecke notwendig ist.

4. Recht auf Löschung – Art 17 DSGVO

Unter den folgenden Voraussetzungen können Nutzer*innen die Löschung der sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen:

- (1) Die sie betreffenden personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
- (2) Sie widerrufen Ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.
- (3) Sie legen gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder sie legen gem. Art. 21 Abs. 2 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein.
- (4) Die sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
- (5) Die Löschung der sie betreffenden personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.
- (6) Die sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Art. 8 Abs. 1 DSGVO erhoben.

Ausnahmen:

Das Recht auf Löschung besteht nicht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist

- (1) zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information;
- (2) zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;
- (3) aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. h und i sowie Art. 9 Abs. 3 DSGVO;
- (4) für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gem. Art. 89 Abs. 1 DSGVO, soweit das unter Abschnitt a) genannte Recht voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder
- (5) zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

5. Recht auf Unterrichtung – Art 19 DSGVO

Haben Nutzer*innen das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung gegenüber dem Verantwortlichen geltend gemacht, ist dieser verpflichtet, allen Empfänger*innen, denen die sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden, diese Berichtigung oder Löschung der Daten oder Einschränkung der Verarbeitung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden.

Nutzer*innen steht gegenüber dem Verantwortlichen das Recht zu, über diese Empfänger*innen unterrichtet zu werden.

6. Recht auf Widerruf der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung – Art 7 Abs. 3 DSGVO

Nutzer*innen haben das Recht, ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Den Widerruf richten sie bitte formlos an die Daten führende Stelle, der gegenüber sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben, z.B. an ein Lehrgebiet für Daten im Rahmen eines Forschungsprojektes.

7. Widerspruchsrecht – Art 21 DSGVO

Nutzer*innen haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling.

Der Verantwortliche verarbeitet die sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige

Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Werden die sie betreffenden personenbezogenen Daten verarbeitet, um Direktwerbung zu betreiben, haben sie das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten zum Zwecke derartiger Werbung einzulegen; dies gilt auch für das Profiling, soweit es mit solcher Direktwerbung in Verbindung steht.

Widersprechen sie der Verarbeitung für Zwecke der Direktwerbung, so werden die sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeitet.

Nutzer*innen haben die Möglichkeit, im Zusammenhang mit der Nutzung von Diensten der Informationsgesellschaft – ungeachtet der Richtlinie 2002/58/EG – Ihr Widerspruchsrecht mittels automatisierter Verfahren auszuüben, bei denen technische Spezifikationen verwendet werden.

Beschränkung des Rechts bei Datenverarbeitung zu wissenschaftlichen, historischen oder statistischen Forschungszwecken:

Nutzer*innen haben auch das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, bei der Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken oder zu statistischen Zwecken gem. Art. 89 Abs. 1 DSGVO erfolgt, dieser zu widersprechen.

Ihr Widerspruchsrecht kann insoweit beschränkt werden, als es voraussichtlich die Verwirklichung der Forschungs- oder Statistikzwecke unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt und die Beschränkung für die Erfüllung der Forschungs- oder Statistikzwecke notwendig ist.

8. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde – Art 77 DSGVO

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

Die Aufsichtsbehörde, bei der die Beschwerde eingereicht wurde, unterrichtet den Beschwerdeführer über den Stand und die Ergebnisse der Beschwerde einschließlich der Möglichkeit eines gerichtlichen Rechtsbehelfs nach Art. 78 DSGVO.

Die Aufsichtsbehörde der FernUniversität in Hagen ist die/der Landesdatenschutzbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen.

Postanschrift:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen
Postfach 20 04 44
40102 Düsseldorf [https://](https://www.ldi.nrw.de/)

www.ldi.nrw.de/

https://www.ldi.nrw.de/metanavi_Kontakt/index.php